Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1548

31. 05. 95

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Halo Saibold und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksachen 12/7895, 12/8467 Nr. 1.36, 13/1513 —

Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Kaum ein anderer Wirtschaftszweig hat mehr als dreißig Jahre lang nahezu kontinuierlich vergleichbar hohe Wachstumsraten verzeichnen können wie die bundesdeutsche Tourismusindustrie. Vor dem Hintergrund von Wirtschaftswachstum, Einkommenssteigerungen und zunehmender individueller Mobilität kam es besonders seit den 60er Jahren zu einer Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am hochwertigen Konsumgut „Urlaubsreise", das bis dahin nur höheren Einkommens- und Bildungsschichten zugänglich gewesen war. Diese „Demokratisierung des Reisens" bedeutete aber nicht allein das private und zugleich massenhafte Urlaubsglück von Millionen Reisenden, sondern schuf gleichzeitig massenhafte Probleme für Natur, Kultur und Gesellschaft der Destinationen. Bereits zu Beginn der 80er Jahre forderten Wissenschaft und tourismusorientierte Nicht-Regierungs-Organisationen zukunftsorientierte Planungen und Handlungsstrategien von Politik und Verwaltung. Dem allgemeinen gesellschaftlichen Trend nach mehr Beachtung von Natur und Umwelt schlossen sich allerdings zunächst nur Teile der Fremdenverkehrsbranche und Freizeitindustrie an. Die Tourismuspolitik verharrte in der Beschreibung und Feststellung der zunehmenden Probleme durch den Tourismus und überließ den Branchenakteuren den „freien Markt der weißen Industrie". Diese konnten sich analog ihrer unternehmerischen Zielsetzung und Gewinnorientierung lediglich marginale Natur- und Umweltkorrekturen erlauben.

Trendforscher und Zukunftsprognostiker verheißen dem Tourismus im nächsten Jahrtausend den quantitativen Sprung an die Spitze der Industrien auf der Welt.

An diesen Erwartungen, den tatsächlichen Ressourcen und den gesellschaftlichen Bedürfnislagen muß sich Tourismuspolitik orientieren. Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet dieser zukünftige Handlungsrahmen zunächst die Bündelung der am Tourismus beteiligten Ressorts, die institutionell und personell qualitative Aufwertung der administrativen Akteure sowie die Erstellung eines bundesdeutschen Tourismusleitbildes, das die ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Aspekte des Tourismus berücksichtigt und den bisherigen Vorrang der wirtschaftlichen Belange korrigiert. Diese Zielfestsetzung wird Maßstab für eine zweijährige Begutachtung der touristischen Entwicklungen in Deutschland, die durch das Leitbild unter Beachtung außerökonomischer Kennziffern mit Kapazitätsobergrenzen versehen sind. Die touristischen Leitlinien erlauben eine integrierte, ganzheitlich orientierte Marketingstrategie für das Reiseland Deutschland. Die Vermittlung und Vermarktung des Gesamtbildes „Deutschland – Reiseland" übernimmt eine personell und institutionell zusammengefaßte halbstaatliche Einrichtung. Sie wirbt gleichzeitig für ein modellhaftes, übertragbares Gütezeichen, das nach eingehender Bedarfs-, Sozial- und Umweltverantwortlichkeitsprüfung dem touristischen Sektor vergeben wird. Deutschland übernimmt mit dieser Maßnahme eine europa- und weltweite Vorbildfunktion.

Der Beirat für Tourismus – ergänzt durch Mitglieder von Umwelt- und Menschenrechtsgruppierungen – kooperiert mit unabhängigen, neutralen Forschungs- und Informationsstellen, die Tourismusentwicklungsforschung unter sozial- und umweltverantwortbaren Kriterien betreiben. Die mit dieser Maßnahme verknüpfte Öffentlichkeitsarbeit initiiert Informationskampagnen zu Problemen des Massentourismus, Phänomenen der Freizeitwelt, zur Humanisierung der Alltags- und Arbeitswelt sowie zu Reiseverhalten und Reisegestaltung. Diese politischen Vorgaben unterstützen und befördern einen gesellschaftlichen Umdenkungsprozeß, der zu einer Reflexion individueller und gesellschaftlicher Verhaltensmuster führt im Tourismus- und Freizeitbereich.

Parallel zu diesen Maßnahmen unterstützt die Politik Modellvorhaben für einen sozial- und umweltverantwortlichen Tourismus in Deutschland und insbesondere den osteuropäischen Fremdenverkehrsregionen. Dabei berücksichtigt sie die positiven Erfahrungen mit der Praxis der „Runden Tische". Ein bundesweites, dezentrales Informations- und Reservierungssystem wird – ebenso wie die verbesserte Tourismusstatistik – durch umweltrelevante Daten ergänzt und verdeutlicht damit das umweltverantwortliche Reiseland Deutschland.

Umweltbeeinträchtigende Verkehrsmittel werden von der Subventionierung ausgenommen; dies gilt insbesondere für den Flugverkehr. Im Gegenzug werden verträgliche Verkehrsträger gefördert. Die Politik muß daher auf private Verkehrsträger in ihrer umweltgerechten Gestaltung besonders einwirken.

Eine dermaßen gestaltete bundesdeutsche Tourismuspolitik hat ihre Auswirkungen auf multilateraler Ebene. Sie bekämpft den Sex- und Prostitutionstourismus insbesondere in Dritte-Welt-Län-

der und wirkt in ihrer Außenpolitik auf Reiseländer mit offenkundigen Menschenrechtsverletzungen ein. Dabei berücksichtigt sie die endogenen touristischen Potentiale von touristischen Entwicklungsländern und begleitet kritisch die Aktivitäten der beteiligten Tourismusbranche.

Diese Tourismuspolitik erfüllt die Grundsätze und Zielsetzungen einer nachhaltigen Tourismusentwicklung, die in der „Charta für einen verträglichen Tourismus" der WTO gefordert werden. Sie schließt langfristige und dauerhafte Entwicklungsstrategien ein, die bewirken, daß eine Zunahme der Lebensqualität, d. h. des wirtschaftlichen Wohlstandes und des subjektiven Wohlbefindens, erreicht wird, die mit geringerem Einsatz an nicht vermehrbaren Ressourcen sowie abnehmender Belastungen der Umwelt und der Menschen erzielt wird. Nachhaltige Tourismuspolitik berücksichtigt die Ökonomie, Ökologie und die Sozialverantwortlichkeit gegenüber Reisenden und Bereisten gleichermaßen und entspricht damit der Komplexität des Tourismus.

Angesichts globaler ökologischer und sozialer Krisenentwicklungen ist das Prinzip der Nachhaltigkeit im Tourismus keine Werbestrategie, sondern eine Lebensnotwendigkeit!

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in interministerieller Kooperation ein Konzept für die Tourismuspolitik zu erarbeiten, das die Umorientierung auf einen umwelt- und sozialverantwortlichen Tourismus ermöglicht und Leitlinien für einen nachhaltigen und zukunftsfähigen Tourismus beschreibt;

2. eine interministerielle Koordinierungsstelle für Tourismuspolitik einzurichten, die neben den wirtschaftlichen Aspekten auch die ökologischen und sozialen Belange des Tourismus berücksichtigt;

3. den Bericht über die Entwicklung des Tourismus in einem zweijährigen Rhythmus vorzulegen und darin unter anderem differenzierte Angaben über Städtereisen, Geschäfts- und Kongreßreisen, Kur- und Bäderaufenthalte, Tagesausflüge, Urlaubs- und Kurzreisen aufzunehmen. Gleichzeitig sind Zielvorgaben zur Umsetzung der jeweiligen Leitziele anzugeben mit einer nachfolgenden Erfolgskontrolle;

4. die Auswirkungen der Freizeitbetätigungen in den Fremdenverkehrsregionen mittels einer integrierten Bedarfs-, Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfung zu erfassen und zu bewerten sowie eine bundesweite Freizeitfolgenabschätzung erstellen zu lassen;

5. eine bundesweite Informationskampagne unter Mitwirkung der Länder über die negativen Auswirkungen des Massentourismus auf Natur und Kultur sowie über Alternativen in Reisegestaltung und Reiseverhalten durchzuführen;

6. auf die touristischen Entscheidungsträger einzuwirken, daß touristische Entwicklungen unter dem Primat der Nachhaltigkeit zu betreiben sind, und die Rahmenbedingungen zu schaf-

fen, um die Fremdenverkehrsbranche bei touristischen Entwicklungen in allen Belangen zu beteiligen (z. B. finanzielle Mitwirkung bei Erstellung touristischer Infrastruktur);

7. für das Inlands- und Auslandsmarketing schnellstens die bisher tätigen öffentlichen Einrichtungen personell und institutionell zu bündeln und eine integrierte Werbung für Reisen nach Deutschland und für Urlaub im Inland zu betreiben;

8. die Einrichtung unabhängiger und neutraler Forschungs- und Informationsinstitute zu fördern und in ihrer Existenz zu sichern;

9. den Tourismusbeirat um Vertreterinnen und Vertreter der Naturschutzverbände, Menschenrechtsvereinigungen und soziokulturell arbeitende Gruppierungen zu ergänzen;

10. Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der Ausbildungsgänge im Tourismusbereich zu ergreifen, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Fremdenverkehrsverwaltungen vorzulegen, gesetzliche Maßnahmen zur Festlegung der verschiedenen touristischen Berufsbilder zu ergreifen und auf die Leistungsträger im Tourismus hinzuwirken, daß die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse durch rentenversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse ersetzt werden;

11. die weitere Entwicklung des Tourismus sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern mit der Praxis der „Runden Tische" zu verknüpfen;

12. die Mittelvergabe nur mehr unter dem Primat der Nachhaltigkeit vorzunehmen, Modellvorhaben für einen nachhaltigen Tourismus zu fördern und die Entwicklung von Gütesiegeln für umweltfreundliche touristische Angebote zu unterstützen;

13. auf die Deutsche Bahn AG einzuwirken für eine
    - Verbesserung beim Fahrrad- und Gepäcktransport,
    - Verbesserung auch beim grenzüberschreitenden Kurierdienst,
    - Verbesserung bei der barrierefreien Gestaltung von Bahnhöfen und Waggons,
    - Verbesserung bei der Verkehrsanbindung touristischer Regionen,
    - Verbesserung bei der Fahrpreisgestaltung, insbesondere bei der Übersichtlichkeit und Verläßlichkeit des Tarifsystems;

14. auf eine Harmonisierung bei der Besteuerung von Busreisen in Europa hinzuwirken;

15. die Subventionierung und Privilegierung des Flugverkehrs auszusetzen und den Einsatz umweltverträglicher Verkehrsträger zu fördern;

16. unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips auf die Europäische Union einzuwirken, ihre Tourismuspolitik mit dem Vorrang der Umwelt- und Sozialverantwortlichkeit zu gestalten und ihre Mittelvergabe an dieses Prinzip zu binden;

17. ein bundesweites Informations- und Reservierungssystem mit dezentralen Komponenten und unter Berücksichtigung von umweltbezogenen Daten zu unterstützen;
18. die Tourismusstatistik zu verbessern und mit Angaben zum Themenkomplex „Tourismus und Umwelt" zu ergänzen;
19. den Aufbau eines sozial- und umweltverantwortlichen Tourismus in den osteuropäischen Nachbarländern weiter zu unterstützen;
20. Maßnahmen zu ergreifen, um Dritte-Welt-Reisende über die ökologischen und soziokulturellen Gefährdungspotentiale einer Fernreise zu informieren und insbesondere Menschenrechtsverletzungen, Prostitution und Kinderprostitution wirksam zu bekämpfen;
21. die auf der Weltkonferenz am 27./28. April 1995 verabschiedete „Charta für einen verträglichen Tourismus" für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich zu erklären und in ihrer Außenpolitik sich für die Grundsätze und Ziele der Charta einzusetzen.

Bonn, den 31. Mai 1995

Halo Saibold
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion





Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333